



Haushalts- und Finanzausschuss

87. Sitzung (öffentlich)

5. Februar 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:30 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes (6. ÄndG-WBFG) 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7497

Ausschussprotokoll 14/800

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/7497 zuzustimmen.**

2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2009) 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7002 und 14/7900
Drucksache 14/8017

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung Drucksachen 14/7002 und 14/7900 in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert **anzunehmen**.

Berichterstatter: Hans-Willi Körfges (SPD)

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7000 und 14/7900
Drucksachen 14/8000 bis 14/8006, 14/8008, 14/8010 bis 14/8015 und 14/8020

Vorlagen 14/2397, 14/2408 und 14/2410

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

*(Der **Bericht** des HFA **Drucksache 14/8550** enthält in den Anhängen 1, 2 und 3 die **Änderungsanträge** mit Begründung sowie die **Abstimmungsergebnisse**. In diesem Protokoll werden nur die **Diskussionsbeiträge** wiedergegeben.)*

CDU/FDP-Antrag 15/02 9

Grünen-Anträge 06/01, 20/01 und 20/02 10

Ausgleich des Haushalts 15

Der Ausschuss **fasst** einstimmig den auf Seite 4 der Drucksache 14/8550 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Haushaltsgesetzentwurf** in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den heute beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

4 Finanzplanung 2008 bis 2012 mit Finanzbericht 2009 des Landes Nordrhein-Westfalen **16**

Unterrichtung
durch die Landesregierung
Drucksache 14/7001

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag einstimmig, die **Finanzplanung** Drucksache 14/7001 **zur Kenntnis zu nehmen**.

Berichterstatter: Ewald Groth (GRÜNE)

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt (Lippische Landes-Brand-Änderungsgesetz – LLBÄndG) **17**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7796

Ausschussprotokoll 14/807

Der Ausschuss **verzichtet** einvernehmlich **auf ein Votum**.

6 Gesetz zur Erhebung von § 4 Absatz 1 Nummer 7 und Anlage 2 der Beihilfenverordnung in Gesetzesrang **18**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8090

Zuschrift 14/1633

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den **Gesetzentwurf** Drucksache 14/8090 unverändert **anzunehmen**.

Berichterstatter: Christian Möbius (CDU)

7 Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8176

Beschluss über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung gem. § 56 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, am 12. März 2009 zu dem Gesetzentwurf eine **öffentliche Anhörung** durchzuführen.

8 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen 20

Vorlage 14/2325

Der Ausschuss **nimmt** die Vorlage einstimmig zur **Kenntnis**.

9 Fusion von Finanzämtern in Nordrhein-Westfalen 21

Vorlage 14/2417

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

10 Verschiedenes 22

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig die Durchführung der **Klausursitzung** zum Haushaltsplanentwurf 2010 am 1./2. Oktober 2009 in Lüdenscheid.

Der Ausschuss **stimmt** der **Neubenennung von Berichterstattern** durch die SPD-Fraktion einstimmig **zu**.

Aus der Diskussion

1 **Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes (6. ÄndG-WBFG)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7497

Ausschussprotokoll 14/800

Vorsitzende Anke Brunn erläutert, dieser Gesetzentwurf sei am 23. Oktober 2008 federführend an den Ausschuss für Bauen und Verkehr und zur Mitberatung an den HFA überwiesen worden. Am 15. Januar 2009 seien Sachverständige angehört worden. Der federführende Ausschuss wolle heute seine Beratungen abschließen, so dass ein Votum jetzt erarbeitet werden müsse.

Gisela Walsken (SPD) führt aus, aufgrund der aktuellen Diskussion um die Zukunft der Wohnungsbauförderungsanstalt stelle sich ihrer Fraktion die Frage, welche Aktualität dieser Gesetzentwurf noch habe. Die Minister Linssen und Wittke hätten bekanntlich angekündigt, dass eine Vollintegration der Wfa in die NRW.BANK beabsichtigt sei, was umfangreiche gesetzliche Änderungen erfordere. Deshalb wüsste sie gerne von der Landesregierung, in welchem zeitlichen Zusammenhang dieses Vorhaben mit dem vorliegenden Gesetzentwurf stehe und ob es noch einen Sinn habe, das Wohnungsbauförderungsgesetz so zu verändern.

StS Angelika Marienfeld (FM) bestätigt, dass zwischen Finanzministerium und MBV zurzeit ein Konzept zur Vollintegration der Wfa in die NRW.BANK erarbeitet werde. Sie gehe davon aus, dass das dazu erforderliche Gesetzgebungsverfahren im Laufe dieses Jahres durchgeführt und das Gesetz zum 1. Januar 2010 in Kraft treten werde.

Das heute zur Beratung vorliegende Gesetz solle demgegenüber schon für dieses Jahr gelten und zum 1. Januar 2009 in Kraft treten.

RB Reiner Daams (MBV) konkretisiert, es gehe darum, den Rahmen der abzuschöpfenden Mittel auch dieses Jahr schon von 60 auf 80 Millionen € anzuheben. Das sei nur möglich, wenn das Gesetz wie vorgesehen verabschiedet werde.

Gisela Walsken (SPD) fragt sich, warum das Gesetz denn für die Jahre 2009 bis 2011 eine Regelung treffe, wenn es schon im Jahr 2010 keine Wfa mehr geben solle.

Diese Regelung solle so getroffen werden, weil einem Gesetzgebungsverfahren, das noch nicht abgeschlossen sei, nicht vorgegriffen werden könne, stellt **StS Angelika**

Marienfeld (FM) klar. Wenn die Vollintegration so schnell erfolgen könne, wie es geplant sei, müssten diese Dinge natürlich angepasst werden.

Ewald Groth (GRÜNE) weist darauf hin, dass Minister Wittke immer wieder verspreche, mehr Geld für den Wohnungsbau bereitzustellen. Ihn interessiere, wie das finanziert werden solle, wenn jetzt die Abschöpfung des Jahresüberschusses erhöht werde.

RB Reiner Daams (MBV) antwortet, Minister Wittke habe deutlich gemacht, dass das Wohnungsbauförderungsprogramm in diesem Jahr eine Summe von 950 Millionen € umfassen werde. Dieser Betrag sei unabhängig von der Frage der Abschöpfung aus dem Landeswohnungsbauvermögen finanzierbar.

Gisela Walsken (SPD) findet es unmöglich, dass die Landesregierung sich in einer solchen Entwicklungssituation einen Freibrief über die Abführung einer bestimmten Summe ausstellen lassen wolle. Es sei nicht einzusehen, dass sich das Parlament schon jetzt zu den Jahren 2011 und 2012 äußere.

Sie mache keinen Hehl daraus, dass sie es für fachlich falsch halte, die Überschüsse abzuschöpfen, um sie an anderer Stelle versickern zu lassen. Aber unabhängig davon fände sie es seriöser – und das richte sich an die regierungstragenden Fraktionen –, die Erhöhung der Abschöpfung zumindest auf das Jahr 2009 zu begrenzen und das andere gegebenenfalls später zu regeln.

Volkmar Klein (CDU) legt dar, aus dem Blickwinkel der CDU-Fraktion sei die Flexibilisierung der Abführungsregelung erforderlich. Da die Beträge in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten seien, sei es auch richtig, das Gesetz jetzt in der vorgesehenen Weise zu ändern.

Gisela Walsken (SPD) genügt diese Antwort nicht. Ihr gehe es darum, ob es angesichts dessen, dass die Wfa schon zum 1. Januar 2010 aufgelöst werden solle, nicht klüger sei, über die Verwendung der Überschüsse zunächst nur für 2009 zu entscheiden.

Volkmar Klein (CDU) stellt nochmals fest, dass der Gesetzentwurf insofern richtig sei, als die Beträge nicht nur für 2009, sondern auch darüber hinaus in die mittelfristige Finanzplanung Eingang gefunden hätten.

Abgesehen davon sei die generelle Neuregelung, die Frau Walsken ablehne, ein richtiger Schritt. Dabei müsse man nicht nur die Gesamtstruktur der NRW.BANK sehen, sondern auch die Frage, ob es sinnvoll sein könne, einen Förderbereich dauerhaft separat zu halten und ihn nicht in das Förderinstrument des Landes zu integrieren. Die NRW.BANK sei richtigerweise von der Vorgängerregierung als Förderinstrument geschaffen worden. Deshalb sei es auch richtig, auf dieser Plattform das

gesamte Fördergeschäft zu bündeln, ohne dass es eine separate Anstalt in dieser Bank gebe.

Es sei höchste Zeit, diesen Schritt jetzt zu unternehmen. Die Urheberschaft dafür sei im Übrigen nicht im heutigen Finanzministerium zu finden, sondern die Idee dazu sei schon vor langer Zeit im Finanzministerium geboren worden, ohne dass sie durchgesetzt worden wäre.

Gisela Walsken (SPD) entgegnet, nach Meinung der SPD-Fraktion sei das Opfern des Landeswohnungsbauvermögens ein Riesenfehler. Es sei ein Raubzug in den sozialen Wohnungsbau – und das, nachdem noch vor einem Jahr „50 Jahre sozialer Wohnungsbau NRW“ gefeiert worden sei. Das Ganze sei offenbar eine politisch motivierte Aktion. Aus den Antworten, die Finanzminister Linssen am 28. Januar 2009 im Plenum auf die entsprechende Dringliche Anfrage gegeben habe, werde deutlich, dass es nicht darum gehe, die NRW.BANK in schwieriger Situation zu stützen, sondern darum, die Förderzwecke am Parlament vorbei auszuweiten und dafür das Wohnungsbauvermögen zu opfern.

Die Abgeordnete würde von der Staatssekretärin gerne wissen, ob es im Finanzministerium in der letzten Legislaturperiode jemals Überlegungen gegeben habe, die Wfa aufzulösen und voll in die NRW.BANK zu integrieren. Wenn ja, würde sie auch gerne erfahren, an welcher Stelle das Parlament damit befasst worden sei.

StS Angelika Marienfeld (FM) antwortet, eine Befassung des Parlaments damit habe es in der Vergangenheit nicht gegeben. Auch auf der Arbeitsebene habe man sich damit nicht beschäftigt.

Gisela Walsken (SPD) bemerkt, sie habe sich aus der Pressekonferenz von Minister Wittke berichten lassen, und möchte vorbeugen, dass der Popanz aufgebaut werde, die rot-grüne Landesregierung hätte bereits geplant, das Landeswohnungsbauvermögen zu verschleudern. Deshalb sei sie der Staatssekretärin für die Klarstellung sehr dankbar. Sie wäre auch außerordentlich dankbar, wenn die Mitglieder der CDU-Fraktion ihrem Minister Wittke klarmachen könnten, dass er seriös zu argumentieren habe.

StS Angelika Marienfeld (FM) betont noch einmal, was sie gesagt habe: Das Parlament sei in der Vergangenheit nicht damit befasst worden, und auch die Arbeitsebene habe sich nicht damit befasst. Zu dem, was auf der politischen Ebene gewesen sei, äußere sie sich selbstverständlich nicht.

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/7497 zuzustimmen**.

